Wir

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven Nr. 11 / April 2009

Krise, Krise, Krise ...
Klaus Busch
Seite 3

Gesundheitsreform
Werner Rehbein
Seite 7

81 Jahre Volkshaus
Detlef Dahlke
Seite 14

Krise & Gesundheit

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

das ist unsere 11. Ausgabe. Für uns, eine kleine Gruppe von Seniorinnen und Senioren in den Gewerkschaften, ist es wieder eine Freude zum 1. Mai eine neue Ausgabe unserer Zeitung zu präsentieren.

In dieser Ausgabe wollen wir über die Wirtschaftskrise und die Folgen davon, z.B. im Gesundheitsbereich, berichten. Finanzkrise oder Wirtschaftskrise? Was macht die Politik angesichts der Folgen der Krise vor allem für die Arbeiterinnen und Arbeiter?

Warum wird medizinische Grundversorgung für abhängig beschäftigte Menschen immer mehr ein „Luxus"? Müssen wir vielleicht in Zukunft auf medizinische Grundversorgung verzichten? Was bringen die sogenannten Reformen im Gesundheitsbereich für uns?

Außerdem: 90 Jahre Räterepublik in Bremen und Deutschland, der lange Marsch der Frauen um das Wahlrecht, Gewerkschaftshäuser in Bremen sind u.a. unsere Themen in dieser Nummer.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar (siehe Rückseite).
Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Inhalt

Krise, Krise, Krise 3
Erich Kästner: Hymnus auf die Bankiers 6
Gesundheitsreform 7
Vor 90 Jahren - Ein Rückblick auf 1918/19 9
Erkämpfte Selbstverständlichkeit Frauenwahlrecht 12
81 Jahre Volkshaus 14
Seniorinnen und Senioren 16
Leserbriefe 17
Impressum 18
Archiv 19

Titelbild: Aus „der Freitag", März 2009

Krise, Krise, Krise ...

Das ist das gegenwärtig beherrschende Thema. Sogar der Bundespräsident ist jüngst in seiner „Berliner Rede“ mit der Krise und einigen ihrer Verursachern hart ins Gericht gegangen. Was sie nicht daran hinderte, ihm für seine Rede lang anhaltend stehend zu applaudieren. Wenn wir nicht spätestens hier stutzig werden, wann dann? Da werden Bankmanager, Industriefunktionäre und Politiker massiv kritisiert – und sie applaudieren hinterher frenetisch??

Wir kennen uns mit Finanzkrisen aus

Den RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen muss niemand etwas über Krisen erzählen. RentnerInnen, die über Jahre keine Rentenerhöhung erhalten haben, wissen besser als viele Politiker, was eine Haushalskrise ist. Arbeitslosengeld- bzw. Hartz-IV–Empfänger könnten Kurse über Schuldenbremsen und die Folgen für die persönliche Lebensführung abhalten, könnten erzählen, wie dabei die menschliche Würde unter die Räder gerät, wie es einem geht, wenn die Kontrolleure nachschnüffeln, ob nicht die WG doch eine Lebensgemeinschaft ist, usw. usf..

Eben das, was dem Bundesland Bremen droht mit Zustimmung der Rot-Grünen Koalition und aller Bremer MdBs! Als Ergebnis der Föderalismuskommission bekommt Bremen eine jährliche Hilfe von 300 Mio. Euro muss aber im Gegenzug annähernd den gleichen Betrag einsparen, Ende 2019 schuldenfrei sein und darf von da an keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Gerade wir Älteren glauben schon lange nicht mehr an Zauberei. So wird ein Haushalt, der schon heute nicht mehr für das Nötigste reicht, noch weiter gekürzt! Wie lebenswert soll denn dann noch das Leben sein? Mindestens für die, die sich keinen armen Staat leisten können?

So kommt zu diversen allgemeinen Krisen noch die weitere Verschärfung der Bremer Haushaltslage dazu. Hauptleidtragende werden auch hier die Älteren sein, vor allem die Frauen!

Die (Glaubwürdigkeits-) Krise der Demokratie

Wir Älteren haben den unschätzbaren Vorteil, dass wir über lange Zeiträume zurückblicken können, und dass unser Langzeitgedächtnis immer besser wird.

Wir haben eben nicht vergessen, dass wir ArbeitnehmerInnen die großkoalitionäre „Haushaltssanierung“ in Bremen bezahlt haben. Während wir zugezahlt haben, sind 8 Mrd. Euro Sanierungsbeihilfe in den Bremischen Staatshaushalt geflossen und die Staatsverschuldung hat sich auf 14 Mrd. Euro im Sanierungszeitraum verdoppelt.

Und da sind wir bei der ersten grossen Krise, der Krise der Demokratie, des Glaubwürdigkeitsverlustes von Politik. Wen wundert es, dass immer weniger Menschen sich an Wahlen beteiligen? Denn das, was nach den Wahlen an Politik gemacht wird, richtet sich in aller Regel gegen sie. Wahlversprechen werden ganz schnell zum Wahlbetrug. Mit welchen Erwartungen wurde 1998 die lange Regierungszeit Kohls beendet. Mit den Folgen, dass 1999 Deutschland das erste Mal wieder militärisch an einem Krieg teilnahm und 2003 Schröder die Hartz–Gesetze ankündigte, das genaue Gegenteil von dem, wofür Rot-Grün gewählt wurde. Auch die

Rente mit 67 wurde in diesem Sinne konsequent gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt.

Konjunkturkrise ...

Naja, da haben wir auch schon einige von mitgemacht. Das konjunkturelle Auf und Ab gehört zum Kapitalismus wie das Weihwasser zur Kirche.

Es gibt zu früheren Krisen allerdings drei gravierende Unterschiede. Erstens ist das soziale Netz seit den Hartz–Gesetzen löchrig wie nie zuvor. Arbeitslosigkeit war noch nie so schnell mit direktem sozialen Abstieg verbunden. Wer das weiss, klammert sich um jeden Preis an einen noch so schlechten und gering bezahlten Arbeitsplatz. Die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes hat die Kommunen und Bundesländer in den letzten zehn Jahren so arm gemacht, dass sie nicht mehr in der Lage sind mit öffentlichen Investitionen, und dafür errechnet das Deutsche Institut für Urbanistik bis 2020 einen Investitionsbedarf von 700 Mrd. Euro, in Krisenzeiten für Beschäftigungssicherung zu sorgen. Und drittens ist diese Krise eine globale Krise. Die scheinbare Stärke Deutschlands Exportweltmeister zu sein, gigantische Leistungs- und Handelsbilanzüberschüsse erzielt zu haben, ist nun zur entscheidenden Schwäche geworden. Der Zusammenbruch der globalisierten Wirtschaft trifft die Bundesrepublik doppelt: einmal durch den drastischen Rückgang der Exporte und andererseits durch eine viel zu geringe Inlandsnachfrage (privater Konsum + Staatsausgaben). So landen die Höhenflüge der Exportwirtschaft, des Hafenumschlags und der Logistikbranchen auf den Boden der Tatsachen und die betroffenen KollegInnen bei der Agentur für Arbeit.

Und einige der Länder die umgekehrt zu unseren Überschüssen ihre Aussenhandelsdefizite hatten, geraten jetzt an den Rand des Staatsbankrotts.

Alle gewerkschaftliche Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre erfährt jetzt ihre bittere Bestätigung.

Finanzmarktkrise – das Kasino schliessen

Entscheidende Ursache für diese Krise sind die gigantischen Einkommens- und Gewinnzuwächse bei den Reichen und Grossunternehmen, bei Pensions-, Immobilien und sonstigen Fonds. Ein wesentliches Ergebnis diverser Steuer- und Sozial"reformen" der letzten Dekaden. Natürlich sucht dieses Geld hochprofitable Anlagemöglichkeiten, wenn nicht in der BRD dann auf der ganzen Welt. Und wo

viel Geld ist, ist immer auch viel Gier, aus diesem vielen Geld noch viel mehr Geld zu machen. Das ist das Grundgesetz des global entfesselten Kapitalismus. Wohl wissend, dass aus einem realwirtschaftlichen Wachstum der Volkswirtschaften von max. 3% – 5% dauerhaft keine Profite von bis 25% erzielt werden können. Also kommt nach dem Rausch der Kater – wie im wirklichen Leben. Nur im wirklichen Leben hat der Alkoholkonsument den Kater. In der Finanzmarktwelt wird das Katerproblem auf die Allgemeinheit abgewälzt. Rettungsschirm für Banken heißt das Katerfrühstück. Und wenn es nicht reicht, wird nachgelegt oder werden andere mit herangezogen. Das reinste Tischlein-Deck-Dich! Zwei Beispiele: Die Commerzbank ist mit 18 Mrd. Euro Kapitalspritze gestützt worden. Zu dem Zeitpunkt hatte sie einen Börsenwert von 4 Mrd. Euro. Jeder ordentliche Kaufmann hätte die Bank gekauft, sie umgekrempelt, saniert, ihrem eigentlichen volkswirtschaftlichen Zweck zugeführt und aus den dann zu erzielenden Gewinnen den Kaufpreis zurückerhalten. Am 28.03. wurde öffentlich, dass in der Commerzbank noch Risiken aus Spekulationszeiten von 50 Mrd. Euro stecken. Oder das Fass ohne Boden: Hypo Real Estate (HRE). Insider bezeichnen diese Bank als „Bad Bank", also die Bank in der die risikobeladenen, schlechten Wertpapiere der Hypo Vereinsbank (HVB) - sie ist die Mutter des Bankhauses Neelmeyer in Bremen - ausgelagert wurden. Just einen Tag nachdem die Haftung der HVB für die HRE ausgelaufen war, meldete sie ihre Notlage an und erbat Bundeshilfe. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Gott sei Dank haben die Schelme im Bundestag eine erforderliche Mehrheit für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zusammenbekommen. Mittlerweile sind die Stützen auf 100 Mrd. aufgelaufen.

Wir werden uns darauf einzustellen haben, dass nach Schätzungen des IWF mehr als 1 Billionen US Dollar dieser so genannten toxischen Wertpapiere in den Bilanzen der Banken stecken. Davon sind gerade mal 1/3 aufgetaucht – also die berühmte Spitze des Eisbergs.

Die Politik spannt einen Rettungsschirm auf – bleibt ansonsten tatenlos.

Alle Deregulierungen der Finanzmärkte, die die rot-grüne bzw. die große Koalition in Berlin beschlossen hat, sind unverändert in Kraft. Die Banken können genauso weitermachen, wie sie uns in die Krise hineinspekuliert haben. Sie können an den Börsen auf fallende oder steigende Aktienkurse wetten, sie können Aktien verkaufen, die sie gar nicht besitzen (Leerverkäufe), Hedgefonds können weiter ihr Unwesen treiben und Investmentbanker die in der Wirtschaftskrise fallenden Börsenwerte von Unternehmen nutzen um sie aufzukaufen, um sie später wieder – mit Profit - zu verkaufen. Alles das passiert. Nicht mal die Börsenumsatzsteuer ist wieder eingeführt. Keinem Reichen und Superreichen in dieser Republik wird über die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer wenigstens ein Teil seiner Spekulationsgewinne weggesteuert. Der Spitzensteuersatz in der BRD ist nach wie vor einer der niedrigsten Europas. Die große Koalition hätte also nicht nur bei der Geldverteilung Reaktionsfähigkeit zeigen können, sondern auch bei der Geldeinnahme. Hat sie aber nicht! Und die Verweise auf die notwendigen internationalen Verabredungen (G20-Gipfel) sind durchsichtige Ablenkungsversuche. Die Spekulation ist durch nationale Gesetze ermöglicht worden, sie kann auch durch nationale Gesetze wieder aufgehoben werden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass das System, das in Gänze der Fehler ist, über diese Krise hinaus gerettet werden soll. Wie sonst ist zu erklären, dass die übereinstimmenden Vorschläge von ver.di, DGB und IG Metall nicht aufgegriffen werden. Wir haben diese Krise vorhergesagt und jetzt Recht bekommen. Die Bundesregierung nimmt sich aber die Verursacher der Krise aus den Bankenvorständen als Berater um mit ihnen diese Krise zu bewältigen. Was würden wir wohl mit Politikern machen, die sich zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens die Mafia als Berater nimmt?

Diese Krise wird tiefer gehen und länger dauern als alle vorhergehenden!

Wenn wir die Folgen nicht bezahlen wollen, müssen wir noch viel lauter werden. Müssen wir unseren Protest und unsere Alternativen noch viel deutlicher in der Öffentlichkeit formulieren.

Die Demonstrationen am 28.03. in Berlin und Frankfurt waren ein hoffnungsvoller Auftakt. Die gewerkschaftlichen Maikundgebungen, in Bremen mit

Michael Sommer, dem DGB Vorsitzenden als Hauptredner, müssen wir nutzen um zu zeigen, dass wir als Gewerkschafter für unseren Anteil kämpfen wollen. Und am 16.05. müssen die europaweiten Protestkundgebungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Berlin eine deutliche Aufforderung Bundesregierung sein, den Spekulationssumpf trockenzulegen. Wir müssen ihnen zeigen, dass nicht die Banken systemrelevant sind, sondern die Menschen, die dieses System mit ihren Steuern finanzieren und mit ihrer Arbeit am Laufen halten. Darum brauchen wir einen Schirm für die Menschen – zur Rettung der systemrelevanten Teile dieser Gesellschaft vor Arbeitslosigkeit und Armut.

Damit die Manager und Politiker merken, dass sie der Berliner Rede von Horst Köhler zu früh applaudiert haben.

Klaus Busch

Erich Kästner zur gegenwärtigen Krise

Hymnus auf die Bankiers

Der kann sich freuen, der die nicht kennt!
Ihr frag noch immer: Wen?
Sie borgen sich Geld für fünf Prozent
und leihen es weiter zu zehn.

Sie haben noch nie mit der Wimper gezuckt,
Ihr Herz stand noch niemals still.
Die Differenzen sind ihr Produkt.
(Das kann man verstehn, wie man will.)

Ihr Appetit ist bodenlos.
Sie fressen Gott und die Welt.
Sie säen nicht. Sie ernten bloß.
Und schwängern ihr eignes Geld.

Sie sind die Hexer in Person
und zaubern aus hohler Hand.
Sie machen Gold am Telefon
und Petroleum aus Sand.

Das Geld wird flüssig. Das Geld wird knapp.
Sie machen das ganz nach Bedarf.
Und schneiden den andern die Hälse ab.
Papier ist manchmal scharf.

Sie glauben den Regeln der Regeldetrie
und glauben nicht recht an Gott.
Sie haben nur eine Sympathie.
Sie lieben das Geld. Und das Geld liebt sie.
(Doch einmal macht jeder Bankrott!)

Anmerkung: Die Konsumenten sind die linke Hand des gesellschaftlichen Organismus, die Produzenten sind die rechte Hand. Die Bankiers sind die Heimlichkeiten zwischen den beiden.

Erich Kästner (1899 bis 1974) beweist mit diesem Gedicht: Die Zeiten wechseln - aber sie ändern sich nicht.

Gesundheitsreform

Eine Reform ist nach dem Duden: „Planmäßige Umgestaltung mit dem Ziel der Verbesserung."

Die Parteien im Bundestag haben über die Finanzierung der Krankenkassen total gegenteilige Ziele:

Der SPD schwebte eine allgemeine Bürgerversicherung vor, der Beitragssatz war niedrig bei geringem Verwaltungsaufwand;

die CDU/CSU möchte das jetzige System ausdünnen, Besserverdienende wäre wieder begünstigt;

die Grünen wollten das paritätische System voll erhalten;

die FDP setzt auf mehr Eigenverantwortung, natürlich zu Lasten der Arbeitnehmer und der Mitbestimmung.

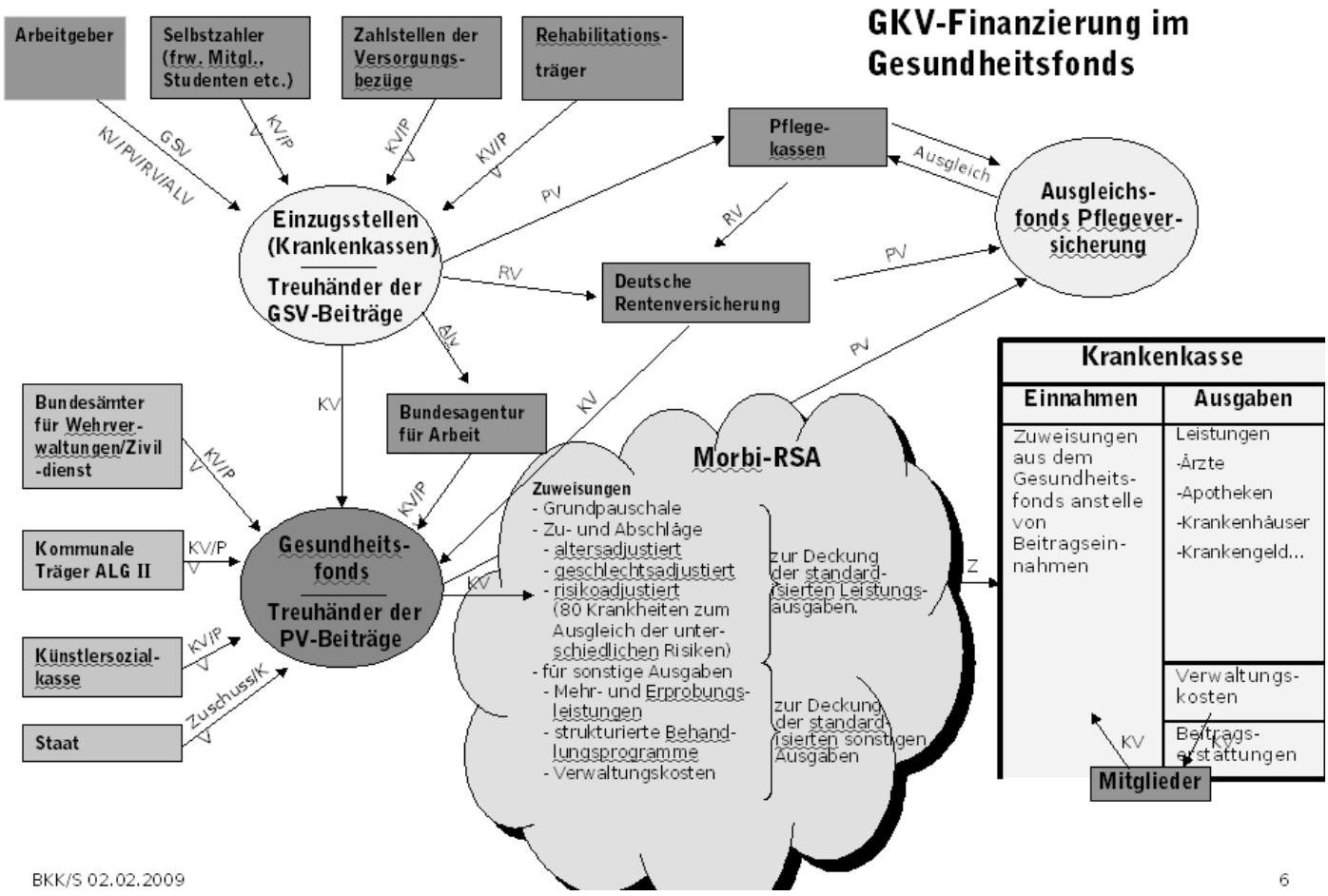
Nun sind wir ja mit einer großen Koalition gesegnet! Sie wollte deshalb die großen Themen auspacken, z.B. bundeseinheitliche Umweltschutzgesetze und eben auch die Gesundheitsreform.

Reform heißt in der großen Koalition: Die Probleme müssen auf den kleinstmöglichen Nenner gebracht werden!

Jede Partei darf etwas in die Gesundheitssuppe kippen und kräftig rühren! Die Länderchefs schmecken dann dieses Gebräu ab und so hat die große Koalition den Brei in ein Gesetz – Gesundheitsreform gepresst, an dem wir als Beitragszahler ersticken werden bzw. wir als Beitragszahler können die Suppe auslöffeln und bekommen davon Verdauungsstörungen.

Warum werden wir von unseren gewählten Vertretern so ausgeplündert? Ulla Schmidt lobt ihr Werk, aber selbst die meisten Koalitionspartner äußern Skepsis.

Alle Fachleute aus den Ersatzkassen und Verbänden haben schon Bedenken angemeldet. Und es klingt wie Untergangsstimmung, wenn selbst der Leiter der Gesundheitsfonds, Herr Hecken (CDU) sagt: „Wenn ich diesen Fond zum Laufen bekomme, bin ich für Berlin geeignet!"



Der Gesundheitsfonds ist ein Verwaltungsmonster.

Vorteile für die Versicherten kann ich nicht erkennen. Wir als Beitragszahler und Gewerkschaftler sind strikt gegen diesen Fonds.

Durch den Einheitsbeitrag werden die Kassen quasi gleichgeschaltet, sie müssen ihre Einnahmen an den Fonds abführen. Im Gegenzug müssen die Kassen dem Fonds ihre Kosten melden, Dauerkranke sind plötzlich für die Kassen wichtig, sie treiben die Kosten in die Höhe und erhöhen den Rückfluss aus dem Fonds.

Also, Patienten passt auf, dass Eure Kasse aus eurem Rückenschmerzen keiner Vollinvalidität ableitet.

Im Fond werden 2009 ca. 167 Milliarden Euro zu verteilen sein, das sind aber nur 95% der tatsächlichen Kosten! Nur: Wer zahlt wie viel ein?

Die Beitragshöhe beträgt ab dem 01.01.09 einheitlich 15,5 %, vorab bekommen die Arbeitgeber 0,9 % Gutschrift.

15,5 % = Gesamt (95%)
- 0,9 % = Arbeitgeber Bonus

14,6 % : 2

7,3 % = Beitrag der Arbeitgeber
+ 0,9 %

8,2 % = Beitrag Arbeitnehmer und Rentner

Die Arbeitgeber werden auf unsere Kosten entlastet, sie zahlen 0,9 % weniger in die gemeinsame Kasse ein, in Summe: 1,5 Milliarden Euro!

Das ist der Einstieg in den Ausstieg, die Parität wird ausgehöhlt und verlassen!

Der Bundeszuschuss, anfangs 4 Milliarden Euro, ist überwiegend unser Steuergeld. Das sind auch ca. 2,3 % + 0,9 % = 3,3 % oder ca. 5,3 Milliarden Euro, die wir ganz alleine in den Fonds zahlen!

Durch den Fonds verlieren die Kassen ihre Selbstverwaltung und Vielfalt, gewerkschaftliche Eckpfeiler werden per Gesetz geschleift!

Aber Achtung:

Es kommt alles noch viel schlimmer! Was passiert, wenn die Kassen mit den Fonds-Zuteilungen nicht auskommen? Ihr ahnt es schon!

Die Kassen können nachkassieren, aber natürlich nur bei uns! „Nicht so schlimm“, sagt Ulla Schmidt (SPD) nur höchstens bis 1 % vom Brutto.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben durch ihre Spitzengremien ständig versucht, auf diese Gesetzgebung Einfluss zu nehmen und konnten auch manche Härte abmildern.

Meine Gewerkschaft ver.di hat schon im letzten Jahr in mehreren Kursen begonnen, interessierte SeniorInnen in die Gesundheitsreform einzuweisen und zu schulen.

Was heißt eigentlich: Gesundheitsfonds – Bundesausschuss – Selbstbehalt – Zuzahlung usw.

Wir „Gesundheitsreform–Lotsen“ stehen jetzt flächendeckend in ganz Niedersachsen und Bremen bereit mit Rat und Tat zu helfen und zu informieren.

Werner Rehbein

Für Ver.di Bremen sind dies:
Karla Vendt, Tel.: 41 72 240
Werner Rehbein, Tel.: 83 30 30
Detlef Harfs, Tel.: 21 37 26

Liebe Gruppenleiter, wir kommen gerne zu Eure Versammlungen und diskutieren mit euch über die Gesundheitsreform.

Vor 90 Jahren - Ein Rückblick auf 1918/19

Das Kaiserreich wird Republik

Die Generale des Kaisers stellten bereits im August 1918 eine aussichtslose Kriegslage fest. Am 29. September forderten sie ein sofortiges Waffenstillstandsangebot durch die Regierung. Eine neu gebildete sogenannte Volksregierung unter erstmaliger Regierungsbeteiligung von Sozialdemokraten (Scheidemann und Bauer) übermittelt das Friedensangebot am 4. Oktober.

Auf Anweisung der Heeresleitung wurden in allen Truppenteilen Soldatenräte gewählt. Der spätere Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen ist es für sein Hamburger Regiment in Nordfrankreich. Der Waffenstillstand wird nicht erreicht. Der Gegner fordert u.a. die Abdankung von Kaiser Wilhelm II, der dazu nicht bereit ist. Der Krieg an der Frankreich Front geht weiter, aber auch die Verhandlungen über Rückzug. General Ludendorff tritt im Kabinett für Durchhalten ein und Hindenburg ist für Kampf für Deutschlands Ehre. Admiral Scheer befiehlt den Angriff aller Seestreitkräfte am 22. Oktober. Im Deutschen Reichstag fordert Hugo Hase, USPD Vorsitzender, am 23. Oktober: „Es muss zur Republik kommen."

Die Überlebenschancen des Kaisers bzw. der Monarchie ist im Oktober 1918 noch unter der Militärzensur das Thema in Deutschland. Die Revolution lag in der Luft, gleichzeitig auch die Hoffnung auf die gemäßigten Führer der MSPD, dass eine Radikalisierung zu vermeiden sei.

Ebert und Scheidemann strebten die Beibehaltung einer monarchistischen, parlamentarisch, demokratischen Staatsform an.

Am 28. Oktober flüchtete der Kaiser aus Berlin nach Spa in Belgien. Das Kaiserreich war bereits am 1. November vor der Revolution am Ende

Die Kaiserkinder hatten sich dem Vater verpflichtet keine Nachfolge anzunehmen.

Auf den Kriegsschiffen der deutschen Hochseeflotte verhindern die Matrosen am 28. Oktober das Auslaufen zur Seeschlacht mit der englischen Seeflotte. Am 3. November beginnt in Kiel der bewaffnete Aufstand der Marinesoldaten. Nun eilt die Welle der Revolution durch das Land: Hamburg, Altona, Bremen, Cuxhaven u.a. in Lehe, Geestemünde, Wilhelmshaven, Schwerin, Hannover, Köln. Am 7. November abends floh der Bayern-König. Am nächsten Morgen ruft Kurt Eisner, USPD Vorsitzender in Bayern, in München die Republik Bayern aus.

Vom 8. bis 11. November führen die deutschen Unterhändler Waffenstillstandsverhandlungen bis zum Abschluss.

An die Bevölkerung Bremens!

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!

Was hat sich ereignet? Nichts Geringeres als eine Revolution. Ihr Produkt sind die **Arbeiter- und Soldatenräte.**

Ueber die Aufgabe der Räte kann kein Zweifel sein:

Ausbreitung, Sicherung und Vertiefung der Revolution. Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Das ist das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte. Jeder, der es durchführen helfen will, ist willkommen. Jedem, der es bekämpft, werden wir rücksichtslos zu begegnen wissen. Einerlei, wo er stehen mag.

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen! Männer und Frauen!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen.
Jetzt nutzt sie! Ein Zurück gibt es nicht.
Vorwärts also!

Bremen, den 9. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates vom 9. November 1918 (StAB, Plakatsammlung)

Zerstörungen in der Realschule Neustadt (später Gymnasium am Leibnizplatz) (StAB, Bildsammlung)

9. November: In Berlin verkündet der Arbeiter- und Soldatenrat am Morgen den Generalstreik. Mittags war Berlin in den Händen der Revolutionäre. „Es lebe die soziale Republik!“, wurde proklamiert.

Am 9. November war auch der König von Sachsen aus Dresden verschwunden und ein revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden. Gleiches geschah in Stuttgart, wo der König von Württemberg seine Abreise vollzog. In Bayern, Sachsen, und Württemberg erfolgte die Aufgabe der Monarchie ohne Blutvergießen. In allen übrigen deutschen Klein- und Kleinststaaten wie Baden, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin vollzog sich das Revolutionsgeschehen im November 1918 ebenfalls in unblutiger Aufgabe der Monarchie. Dem komfortablen Leben der Fürsten entstand kein Schaden.

Der Kaiser geht von Spa, dem Hauptquartier der Heeresleitung, ins Exil nach Holland. Friedrich Ebert, MSPD, übernimmt mittags das Geschäft des Reichskanzlers von Max von Baden. Als provisorische Regierung bilden je drei Politiker von MSPD und USPD den Rat der Volksbeauftragten. Scheidemann MSPD ruft die Republik aus. Stunden später proklamiert Karl Liebknechts USPD die freie Sozialistische Republik.

Hinter beiden Arbeiterführern stehen große Arbeitermassen. Mit Ebert und Scheidemann übernahmen die Rechten in der SPD und in den Gewerkschaften die Interessen der Großbourgeoisie, Monopolherren und Militärs.

In der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus bildete im Kriegshungerjahr 1915/1916 die Linke in der SPD eine Gruppe „Internationale/Spartakus.“ Mit Liebknecht im Reichstag argumentierte die Gruppe gegen die Kriegsziele und Kriegskredite. Im Januar 1917 hielt die Opposition in der SPD eine eigene Reichskonferenz ab. Der SPD Vorstand mit Ebert antwortete mit dem Hinauswurf sämtlicher Opponenten aus der Partei.

Die SPD-Opponenten gründen daraufhin im April 1917 in Gotha die Unabhängige SPD/USPD.

Die Klassenkampfposition in diesen Tagen vertreten die revolutionären Arbeiter unter Führung von Spartakus und der Linken mit Liebknecht und der USPD.

Am 10. November nachmittags auf einer von der SPD organisierten Berliner Räteversammlung im Zirkus Busch fand Ebert MSPD die Zustimmung für seine Regierung. Liebknecht USPD fand unter lärmenden Protest der mehrheitlich vertretenen Soldatenräte für seine Forderungen kein Gehör. Er warnte vor den rechten Führern der SPD, die keine Revolutionäre seien.

In diesen Tagen um den 9. November wurde der Klassenkampf allein in der Arbeiterklasse ausgetragen. Es fiel kein Schuss. Bereits vor Ausbruch der Revolution hatte die Gewerkschaftsführung (Carl Legien, ADGB) mit dem Monopolkapital (Hugo Stinnes) verhandelt. Am 14./15. November wurde ein Abkommen unterzeichnet. Die Arbeitsgemeinschaft von Kapital und Arbeit war geboren, die Herrschaft der Monopole gerettet.

Noch am 10. November vereinbarte Ebert mit dem General Groener, dem Vertreter des Militärs, das gemeinsame Vorgehen. Von Hindenburg gab Anweisungen an alle Militäreinheiten „um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“.

Am 12. November war die Befehlsgewalt der Kaiserlichen Offiziere wiederhergestellt und die Soldatenräte weitgehend entmachtet mit nur beratender Stimme.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen, in der Mehrheit linke USPD und Spartakus, macht am 17. November eine Kampfansage an die Regierung Ebert in Berlin. Die Bremer Revolutionäre lehnten die Nationalversammlung als bürgerliches Parlament ab. Ihre Parole war: „Alle Macht den Räten."

Erst am 10. Januar 1919 wurde Bremen zur Räterepublik proklamiert. Auf der Reichskonferenz in Berlin bekam Ebert am 18. November die Zustimmung für die Wahl zur Nationalversammlung, die für den 19. Januar 1919 festgesetzt wurde.

Erstmals bekamen auch die Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Mit der Wahl der Deutschen Nationalversammlung hatte das parlamentarische System über die linken Revolutionäre und über die Räterepublik gesiegt. Diese Entwicklung war auch im Sinne der Siegermächte.

Der Richtungsstreit und die ausbleibende Sozialisierung führten zur Erbitterung gegenüber der Regierung. Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar in Berlin, am 6. Januar mit einem Generalstreik. Zu ersten bewaffneten Kämpfen zwischen Arbeitern und Regierungstruppen kam es am 8. Januar im Zeitungsviertel von Berlin. Es gab Tote. Ein öffentlicher Aufruf der Reichsregierung vom 8. Januar lautete am Ende: „Gewalt kann mit Gewalt bekämpft werden", und endete mit den drohenden Worten: „Die Stunde der Abrechnung naht." Das war die Distanzierung von der Revolution.

Der tobende Aufstand war am 12. Januar endgültig niedergeschlagen. Am Vortage wurde in Zeitungsvierteln noch schwere Artillerie eingesetzt.

Am 5. Januar wurde Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Regierungssoldaten festgenommen und Stunden später ermordet. Für die Revolutionäre war der Vorgang ein Schock.

Die Verfassung gebende Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen, weil die Situation in Berlin zu gefährlich erschien. Am 4. Februar, zwei Tage vor Weimar, wurde zuerst die Bremer Räterepublik auf Regierungsbefehl durch Reichswehr- und Freiwilligen-Soldatenverbänden blutig beendet. Weitaus blutiger war das Ende der Republik Bayern in den Tagen bis in den Tagen zum 1. Mai 1919.

Am 11. Februar 1919 wird Friedrich Ebert zum 1. Reichspräsidenten gewählt. Reichskanzler ist Philipp Scheidemann vom 13. Februar bis zum 20. Juni und ab 21. Juni Gustav Bauer SPD.

Am 28. Juni 1919 wird der Friedensvertrag in Versailles unterzeichnet. Die Wiedergutmachungsleistungen waren gewaltig und die Vertragsunterzeichnung umstritten, deshalb war vorher die Regierung Scheidemann zurückgetreten. Die Nationalversammlung stand unter Druck eines Ultimatums der Siegermächte den Krieg wieder aufzunehmen.

Ab 11. August 1919 ist die Weimarer Verfassung in Kraft. Bereits mit der ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 verliert die Weimarer Parteikoalition ihre Mehrheit. Die Zentrumspartei führt die nachfolgenden Regierungen. Mit dem Kapp-Putsch vom 13. bis 16. März 1920 durch militante Rechtskreise, völkische Verbände und Freikorps begann der Kampf gegen die Weimarer Republik, der zu 1933 führte und Hitler an die Regierung.??

Der Rätebegriff (Betriebsrätegesetz von 1920) bzw. Rätestrukturen haben sich bis heute nur als beigeordnete Gremien erhalten ohne politische Macht.

Trotz alledem dürfen die Ziele des Rätegedankens nicht aus den Augen verloren werden.

Detlef Dahlke

Gefallene Verteidiger der Räterepublik werden vom Gewerkschaftshaus überführt (StAB, Bildsammlung)

Erkämpfte Selbstverständlichkeit Frauenwahlrecht

Diese Klarheit und dieses Selbstbewusstsein wünsche ich mir öfter: Eine Frau sagt in einer Rede vor einem deutschen Parlament: „Ich möchte hier festhalten …, dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, dass war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist."

Es war die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Maria Juchazc, die diese Sätze im Februar 1919 im neu gewählten Parlament, der Weimarer Nationalversammlung, ihren Parlamentskollegen und -kolleginnen entgegenrief. Ein langer und beschwerlicher Weg hatte dazu geführt, dass Frauen nicht nur das Wählen selbst erlaubt wurde, sondern jetzt konnten sie sich auch in öffentliche Ämter wählen lassen.

Das Frauenwahlrecht war nicht einfach so vom Himmel gefallen. Es musste von den Frauen genauso eingefordert und erkämpft werden, wie ihre männlichen Mitbürger das allgemeine Wahlrecht erkämpft hatten. Allerdings war der Weg für die Frauen erheblich länger. Die französische Revolution von 1789 mit ihren Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hatte erste Anstöße gegeben: Die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" von 1789 ermöglichte das Wahlrecht für alle männlichen Bürger.

Dass die „Brüderlichkeit" Frauenrechte ausschloss und dass dieses den Frauen auch durchaus deutlich wurde, zeigt sich in der „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin", die Olymphe de Gouges (1748-1793) bereits 1791 verfasste. Sie lehnte eine Regierung ab, die Frauenrechte nicht anerkannte. Das führte sie zwei Jahre später allerdings unter die Guillotine.

In England hatten sich seit 1890 Arbeiterinnen für das Frauenwahlrecht eingesetzt. Schon bald bot die Gruppe der „Suffragetten" (radikale Frauenrechtlerinnen) der Männerwelt die Stirn. Sie sammelten Unterschriften für ihre Forderungen und brachten mit Hilfe von Abgeordneten Gesetzesvorschläge ein. Doch der Erfolg blieb aus. Die von Emmeline Pankhurst gegründete „Woman Social Political Union" setzte aus Enttäuschung darüber radikalere Maßstäbe: Sie warfen Fensterscheiben ein, legten Brände und griffen Abgeordnete an. Doch mit dem Ersten Weltkrieg kam die Zäsur. Die Suffragetten söhnten sich mit ihrer Regierung aus und leisteten ihren «Kriegsdienst in den Küchen» oder an anderen Stellen an der Heimatfront. Als Gegenleistung beschloss die britische Regierung 1917, den Frauen ab 30 Jahren das Wahlrecht zu gewähren.

1904 war in Berlin der „Weltbund für das Frauenstimmrecht" gegründet worden, dessen Ziel und Forderung u.a. eine Verringerung der stimmrechtlichen Distanz zwischen den Geschlechtern war. Ein klareres Ziel formulierte Clara Zetkin auf der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1907, nämlich das allgemeine Frauenwahlrecht.

Kuriositäten bei der Einführung des Frauenwahlrechts

Einführung:		jedoch:
1718	Schweden	1771 zurückgenommen
1776	New Jersey	1807 zurückgenommen
1848	Österreich	nur bei Kommunal- und Landtagswahlen in der höchsten Zensusklasse
1862	Schweden	nur bei Kommunalwahlen und nach Steueraufkommen, nur unverheiratete Frauen
1864	Victoria (Australien)	durch das Wahlgesetz unbeabsichtigt, 1865 wurde das Gesetz korrigiert
1869	United Kingdom	nur bei Kommunalwahlen, nur unverheiratete Frauen
1870	Wyoming / USA	ohne Einschränkungen
1881	Isle of Man	nur Besitzende
1883	Kanada	nur Witwen
1893	Neuseeland	nur aktives Wahlrecht, aber einschließlich für Maori-Frauen
1894	Südaustralien	weltweit der erste Staat mit allgemeinem aktiven und passiven Wahlrecht
1894	United Kingdom	Erweiterung auf verheiratete Frauen
1908	Dänemark	nur bei Kommunalwahlen
1916	Kanada	nur Alberta, Manitoba und Saskatchewan
1917	Niederlande	nur passives Wahlrecht
1930	Südafrika	nur für weiße Frauen
1931	Portugal	in Abhängigkeit von der Bildung
1935	Indien	nach Vermögen
1944	Bermudas	nur Weiße mit Besitz
1945	Japan	mit Einschränkungen
1963	Afghanistan	unter den Taliban 1996- 2001 zurückgenommen
1971	Schweiz	nur auf Bundesebene
1990	Schweiz	Kanton Appenzell Innerrhoden durch Anordnung des Bundesgerichts
2005	Kuwait	nur für die Parlamentswahl 2006

Am 19. März 1911 fand in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA der erste Internationale Frauentag statt. Über eine Million Frauen gingen weltweit für ihre politische Gleichberechtigung auf die Straße. Zum Frauentag des Jahres 1913 legte Clara Zetkin in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Die Gleichheit" die theoretische Position der Sozialdemokratie dar, wonach die „Frauenfrage", d.h. die Unterdrückung der Frau, nur zusammen mit der „Arbeiterfrage" gelöst werden könne: „Der Kapitalismus ist der Feind! Ein Feind für das Weib und auch für den Mann!" Clara Zetkin stand in Deutschland der proletarischen Frauenbewegung vor. Sie verstand die Unterdrückung der Frau als Klassenproblem, das nur zusammen mit der Arbeiterfrage gelöst werden könne. In den folgenden Jahren wechselte das Datum des Frauentages, 1921 wurde das Datum auf den 8. März festgelegt.

Am 30. November 1918 war in Deutschland das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft getreten. Damit konnten Frauen am 19. Januar 1919 zum ersten Mal in Deutschland reichsweit wählen und gewählt werden. Am 19. Januar 1919 fanden allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung statt, und 300 Frauen kandidierten. 37 Frauen - insgesamt gab es 423 Abgeordnete - wurden schließlich gewählt. Auch wenn die Wählerinnen in ihrer Mehrzahl den konservativen Parteien ihre Stimme gaben, waren die meisten weiblichen Abgeordneten in den Reihen der SPD zu finden.

Die Weimarer Republik existierte nur 15 Jahre lang. 1933 verboten die Nationalsozialisten den deutschen Frauen, für politische Ämter zu kandidieren, und die weiblichen Reichstagsabgeordneten verloren ihre Mandate. Erst nach 1945 konnten Frauen wieder an die Wahlurnen gehen und sich auch selbst wählen lassen.

Das Wahlrecht haben die Frauen hart erkämpt - aber sind „die Frauen" heute sich dessen bewußt?

Senioren-Echo IG Metall Hamburg
Christa Deppe

81 Jahre Volkshaus

Gedanken eines 82-jährigen Gewerkschafters.

Protest gab es nicht, Montag, 2. Mai 1933, als das Volkshaus an der Nordstraße, heute Hans-Böckler-Straße, durch SS/SA-Leute und Polizei um zehn Uhr besetzt wurde.

Nach dem Gewerkschaftshaus von 1907 an der Faulenstraße ist das Volkshaus seit 1928 das neue Gewerkschaftshaus, die Zentrale der Bremer Gewerkschaften und der Arbeiterkammer.

An ihren Arbeitsplätzen wurden 30 Funktionäre und Angestellte verhaftet und als „Schutzhäftlinge" in das Bremer KZ-Lager „Mißler" an der Walsroder Straße gebracht. Sie waren dort dem SS-Schläger Otto Löblich ausgeliefert, dem ersten Kommandanten des Lagers.

Bereits am 18. April gab es eine Besetzung und Durchsuchung des Volkshauses mit der „Schutzhaftnahme" des ADGB-Vorsitzenden Oskar Schulze. Eine erste Haussuchung fand bereits am 8. März statt. Am 7. März demonstrierten 5000 Menschen der Bremer Arbeiterbewegung auf dem Waller Friedhof auf der Beisetzung des Reichsbanners Johannes Lücke (seine Grabstelle ist heute noch erhalten). In der Wandelhalle des Volkshauses wurde Lücke im offenen Sarg aufgebahrt, umgeben von sechs Reichsbannern als Ehrenwache.

Volkshaus, 1945

Auch mein Vater stand Ehrenwache und ca. 15000 Menschen erwiesen Lücke am Montag, dem 6. März, die letzte Ehre.

Johannes Lücke wurde am Abend des 1. März auf der Waller Heerstraße hinterrücks tödlich angeschossen. Er war mit zahlreichen Männern und Frauen auf dem Heimweg von den Bremer Centralhallen nach Gröpelingen. Sie waren Teilnehmer der letzten Massenversammlung der „Eisernen-Front" (ihr Symbol die drei Pfeile) zur Reichstagswahl am 5. März.

Es gab die Wahlparole: Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg. Neben Lücke hatten die Reichsbanneraktiven Karl Henschel und Emil Dahlke, mein Vater, Pistolen-Schussverletzungen durch den SS-Trupp erhalten, der von Otto Löblich angeführt wurde. Aus seinem Fahrradladen Ecke Gerdstraße stürmte ein Zwölf-Mann Trupp und schoss auf sein Kommando hinter die Reichsbanner her. Die drei angeschossenen wohnten mit ihren Familien im Gewoba-Häuserblock, Gröpelinger Heerstraße 64, 66 und 76. Den politischen Vortrag zum Festakt „80 Jahre Volkshaus" hielt der Historiker Dr. Martin Gohlke. Sein Thema: „Verhängnisvolle Illusion – Die Übernahme des Volkshauses durch die Nationalsozialisten 1933." Der Vortrag ging deutlich auf die politische Situation im Frühjahr 1933 ein und zeigte die brutale Machtdurchdringung der Nationalsozialistischen Partei auf. Mit der Abschaffung der wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung hatte auch die Besetzung der Gewerkschaftshäuser in Deutschland eine entscheidende Bedeutung für den Weg in den NS-Staat. Die anschließenden Diskussionsbeiträge gingen lebhaft auf das Thema ein.

Ein „Zuckerbrot" war die Festlegung des 1. Mai als einen gesetzlichen Feiertag mit der Sinn verstellenden Begriffsgebung „Tag der nationalen Arbeit".

Erster Höhepunkt der NS-Gewaltmacht war die Kommunistenverfolgung nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933. Haussuchungen und Verhaftungen erlebte ich in Bremen-Gröpelingen als Kind mit. Betroffen waren Väter meiner Spielgefährten im Gröpelinger Wohnbereich. Die Ereignisse vor 75 Jahren waren für mich der Anlass das umgebaute und modernisierte Volkshaus in Augenschein zu nehmen. Ein echtes Volkshaus im Stil und der Nutzungsart der Volkshäuser der Arbeiterbewegung war nicht zu erwarten.

Für die Arbeiterbevölkerung, besonders im Bremer Westen mit den Werften und der Hafennähe, der Jute und der In-

dustrie, in den Jahren von 1928 bis 1933 boten zahlreiche Möglichkeiten. Als Gastredner erinnerte Hans Koschnick an die vielseitigen Angebote und Nutzungen für Bildung, Freizeit, Festlichkeiten und Trauer.

Die heutigen neuen Nutzer, die Mitarbeiter des Amtes für soziale Dienste, beziehen nach 80 Jahren einen großzügigen modernen Umbau. Es ist zu wünschen, dass die zu betreuenden Bürger das Amtshaus als „Volkshaus“ empfinden. Der Skulpturenzyklus Bernhard Hoetgers an der Hausfassade stellt die „Kraftquelle des Volkes“ dar, so seine überlieferte Aussage.

Detlef Dahlke

Volkshaus, heute

Das erste Gewerkschaftshaus in der Faulenstraße, 1909

Bremer Gewerkschaftshaus

Die Bremer Gewerkschaften bauten ihr erstes Gewerkschaftshaus 1907 an der Faulenstraße Nr. 58-60, heute der Standort von Radio Bremen. Das dekorative Haus wurde 1924 „modernisiert“ d.h. auf schlicht umgebaut.

Als das neue Gewerkschaftshaus 1928 bezogen war, kauften die Gebrüder Leffers aus Delmenhorst das Haus. Mit der Übernahme von Nachbargebäuden errichteten die Gebr. Leffers gegenüber dem Warenhaus Bamberger ihr modernes Textilkaufhaus. Nach der Beseitigung von Kriegsschäden stand es an dieser Stelle bis 1988.

Seniorinnen und Senioren

Berichterstattung am 8. Mai 2009 für den Landesbezirksvorstand - Seniorinnen-/ Seniorenarbeit

für eine soziale, solidarische und generationengerechte Gesellschaft aktivierend, kreativ und belastbar.

Unser Profil

- ein Verbleiben in der Gewerkschaft nach dem Arbeitsleben stärkt die Gewerkschaftschaftsarbeit – insgesamt, vor Ort, aber auch finanziell;
- die Seniorinnen und Senioren von ver.di bringen sich in die allgemeine Gewerkschaftsarbeit ein;
- Seniorinnen und Senioren unterstützen die Gewerkschaftsarbeit vor Ort und in den Bezirken;
- Seniorinnen und Senioren öffnen für ver.di Türen, die ihr ansonsten verschlossen bleiben;
- Seniorinnen und Senioren gehen für ver.di unerschrocken in die Öffentlichkeit;
- unser Motto: rein in die Fläche – nahe ans Mitglied;
- gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit ist unverzichtbar und das Salz in der Suppe einer allgemeinen gewerkschaftspolitischen Seniorinnen-/Seniorenarbeit;
- der Landesbezirks-Seniorinnen-/Seniorenausschuss koordiniert die bezirkliche Seniorinnen-/Seniorenarbeit;
- der Landesbezirks-Seniorinnen-/Seniorenausschuss hat aber auch eine eigenständige Seniorinnen-/Seniorenarbeit auf Länderebene zu entwickeln und durchzuführen;
- Seniorinnen und Senioren erwarten eine Honorierung ihrer Arbeit für die in ver.di organisierten Kolleginnen und Kollegen – nur Beitragszahlung und Ehrenarbeit ohne Förderung ist passee;
- Unsere Vorstellungen zum ver.di-Papier „Chance 2011“ und Veränderungen unserer Arbeitsweise haben wir schon herausgearbeitet und in die Gesamtorganisation eingebracht. Wir fordern die Realisierung unserer Vorschläge.

Wir ermutigen dazu, nicht das Machbare, sondern das Denkbare zu denken. Denn: Die Grenzen des Denkens sind die Grenzen des Erfolgs!

In Anlehnung an die Ideen der „Zukunftswerkstatt“
(Demografischer Wandel – Zukunftsweisende Konzepte)

Die Rede des Bundespräsidenten, auf das Wesentliche zusammengefasst

Köhlers Berliner Rede 2009

Best of Ruck

Sorgen ... die großen Räder gebrochen ... aus Schaden klug werden ... ehrlich sein ... Arbeitslosigkeit in Deutschland ... unser Schicksal ... in einem Boot ... Sicherheit, Wohlstand und Frieden ... eine gute Zukunft ... Wohl und Wehe vieler Menschen ... Ringen um die beste Lösung ... Bewährungsprobe ... neue Wege ... Eigentum verpflichtet ... Verantwortung ... Haltung ... über unsere Verhältnisse gelebt ... ordnende Kraft ... Regeln und Moral ... wir Deutsche ... Angst vor dem Unbekannten ... Sparsamkeit ... Ausdruck von Anstand ... Dünkel macht uns lahm ... als Nation bescheiden geblieben ... kommenden Monate werden sehr hart ... unser Schicksal ... Demut vor dér Freiheit ... *TS*

Quelle: „der Freitag“, März 2009

Leserbriefe

Liebe Herausgeber,
Redaktionsmitglieder von WIR,

nun komme ich doch endlich mal dazu, zu Eurer Ausgabe WIR, Nr. 10, „kleine Jubiläumsausgabe“ etwas zu schreiben. Ich habe sie wie immer von Brigitte bekommen. Das ist schon sechs Wochen her. Sehr wahrscheinlich habt Ihr die nächste Ausgabe schon fertig. Oder? Übrigens habe ich keinen Hinweis auf den Redaktionsschluss gefunden. Gibt es ihn, den Hinweis?

Egal, ich wollte doch noch mal etwas beisteuern, weil Ihr ja immer so fleißig schreibt und auch gute SchreiberInnen zu Wort kommen lasst. Ich lese Euer Heft gerne und mit großem Interesse. Gerade das Thema „Armut im Alter“ kriege ich zu spüren, wenn wir mit unserer Wohnprojektgruppe in Osnabrück versuchen, eine andere Art von Altersvorsorge zu betreiben. Gemeinschaftliches Wohnen, Jugend und Alter, selbstorganisiert. Da springen immer wieder Leute ab, weil sie sagen, mit ihrer kleinen Rente können sie so etwas nicht finanzieren. Dabei ist dann auch die Scham, mit wenig Geld auskommen zu müssen. Wir haben es noch nicht geschafft, diese Gedankenbarriere zu knacken. Das ist aber ein anders Thema.

Den Artikel von Christoph Butterwege fand ich ein wenig zu schwierig. Aber so ist das eben mit den Akademikern und den Leuten aus der normalen Arbeitswelt. Sie können sich nicht immer verständlich machen oder nur mit viel Aufwand und Geduld. Er war letztens auch in Osnabrück und hat zum gleichen Thema referiert, auch voll gestopft mit Fakten und Argumenten. Mit der Frage, wenn denn alle gegen Kinder- und Altersarmut sind, warum es sie dann immer noch gibt, hat er versucht, zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

Wir versuchen in Osnabrück in der nächsten Osnabrücker Sozialkonferenz wiederholt, der Stadt drastische Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut abzuringen (http://www.koophgos.uni-osnabrueck.de/osk14.html). Einen Link habe ich mal beigefügt, vielleicht hat ja auch jemand von Euch Zeit und Lust die Veranstaltung zu besuchen. In Göttingen gibt es einen Masterplan dazu, der nachahmenswert ist. Auch hierzu der Link: http://www.rathaus.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?topmenu=308&menuid=1129. Vielleicht könnt Ihr das Thema ja noch mal in diese Richtung lenken.

Den Artikel mit der „Beratung für Erwerbslose ...“ fand ich beispielhaft dafür, dass man auch praktisch etwas tun kann. Ansonsten ist dieser Aspekt in den andern Artikeln etwas „unterbelichtet“. Neben der Darstellung der beklagenswerten Situation sollte doch mehr über praktische Beispiele und Handlungsmöglichkeiten berichtet werden.

Allerdings müsste mittlerweile etwas Grundlegendes in Angriff genommen werden. Das Thema „Steuern anders organisieren“ wird von der „Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen“ aufgegriffen. Die von dieser Initiative aufgegriffenen Forderungen stimmen auch nicht unbedingt mit den gewerkschaftlichen Forderungen überein. Trotzdem macht es Sinn, hierüber mal nachzudenken oder etwas zu schreiben. Wenn ihr mal googelt, findet ihr reichlich Anknüpfungspunkte zu den Themen in Eurer Ausgabe 10. Das wär´ doch was! Oder?

Ich würde gerne noch so Einiges loswerden, doch will ich Eure Redaktion nicht überstrapazieren. Ich bitte auch um Nachsicht, wenn ich mich nicht ganz kurz gehalten habe. Es soll ja auch nicht alles als Leserbrief gelten, sondern einfach eine Reaktion eines interessierten und kritischen Lesers sein.

Mit vielen Grüßen aus Osnabrück bin ich gespannt auf Eure nächste Ausgabe.

Hans-Jürgen Wilkening

Empfang der neuen Mitglieder!

Der Bezirksgeschäftsführer von ver.di, Bezirk Bremen-Nordniedersachsen, Rainer Kuhn, hat Neu-Mitglieder in ver.di schriftlich zum Kennenlernen ins DGB-Haus eingeladen. Die neuen Kolleginnen und Kollegen wurden freundlich und aufmerksam empfangen. Ihre Fragen über ver.di konnten bei einem kleinen Imbiss gestellt und erfolgreich beantwortet werden. Sicher erfolgt eine Wiederholung für weitere neue Mitglieder.

J. M.

Hurra, ich bin Rentner von Beruf!

Mit 15 in die Lehre, mit 18 erfolgreicher Abschluss, mit 26 Mutter, mit 30 Einstieg in die versicherungspflichtige Berufstätigkeit wegen Scheidung, mit 58 Vorruhestand weil der Arbeitgeber die Filiale schließt, mit 60 Rente mit vollen Kürzungen. Es macht zornig, was uns Rentnern an Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen aufgebürdet wird. Ver.di tut auch was für uns Rentner. Ich werde Mitglied. Meine Freundin Inge hat mich überzeugt.

Ch. L.

Impressum:

Diese Zeitung WIR ist im Rahmen des Qualifizierungsprojektes für ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement (MoQua) von Arbeit und Leben Bremen entstanden. Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis MoQua-DGB-SeniorInnen machen Zeitung
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Gerd Bohling, IGM, Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Christel Odewald, ver.di
Edmund Petschulis, IGM, Brigitte Wilkening, ver.di
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky
Redaktionsadresse:
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Manfred Weule, Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Sie können alle unsere Ausgaben im Internet lesen.

Adresse: www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

1. Mai 2009

auf dem

Domshof

DGB

kostenlos & draußen

30.04. 20.00 Uhr **Tanz in den Mai**

Captain Candy
& Beathovens

01.05. 09.00 Uhr **Gottesdienst**

Unser Lieben Frauen

10.30 Uhr **Sammeln zur Demo**

Osterdeich/Sielwall

11.00 Uhr **Demo** ab Osterdeich

12.05 Uhr **Kundgebung**

auf dem Domshof

Helga Ziegert
DGB-Regionsvorsitzende

Michael Sommer
Vorsitzender DGB, Berlin

Agnes Jongerius
Präsidentin FNV, Niederlande

DGB-Jugend

Zentrale Veranstaltung des DGB

13.00 Uhr **1. Mai-Fest**

Dictionary of Funk
Kinderprogramm,
Essen und Trinken

DGB

V.i.S.d.P. DGB-Bremen, Henner Günther,
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen